

Hinweise zum Datenschutz zur Erhebung von personenbezogenen Daten nach Artikel 13, 14 und 21 Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) für Hinweisgeber

Mit diesen Hinweisen informieren wir Sie über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten und die Ihnen nach dem Datenschutz zustehenden Rechte sofern Sie eine Meldung (anonym oder nicht anonym) in unserem Hinweisgeberschutzsystem abgeben bzw. eine telefonische Meldung durch Sie erfolgt.

1. Verantwortlicher für die Datenverarbeitung und an wen kann ich mich wenden:

Verantwortliche Stelle:

Valet u. Ott GmbH & Co. KG

Porschestraße 11

71691 Freiberg am Neckar

E-Mail: info@valetott.de

Telefon: 07141 70970

Datenschutzbeauftragter

EmEtz GmbH

E-Mail: datenschutz@emetz.de

Telefon (für die telefonische Abgabe einer Meldung):

07144/ 3349050

2. Welche Daten wir verarbeiten, wofür wir Ihre Daten verarbeiten (Zwecke der Verarbeitung) sowie auf welcher Rechtsgrundlage wir dies tun:

Die Datenverarbeitung erfolgt ausschließlich zur Prüfung und Bearbeitung Ihrer Angaben in denen Sie den Verstoß gegen Verhaltensweisen (z.B. Betrug, Korruption, Insidergeschäfte) sowie den Verstoß gegen Menschenrechte, Umweltbelange, anderweitige Rechtsvorschriften und ähnlich gelagerte Fälle anzeigen, sowie der damit zusammenhängenden Sachverhaltsaufklärung. Rechtsgrundlage der Verarbeitung ergibt sich gemäß Art. 6 Abs. 1c) (DSGVO) in Verbindung mit dem Hinweisgeberschutzgesetz (HinSchG).

| Zwecke der Datenverarbeitung | Kategorien von Daten |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------|
| Prüfung des Sachverhaltes und Aufklärung von Straftaten, Aufdeckung von Straftaten im Beschäftigtenverhältnis | Personendaten, Stellung im Unternehmen/ Position, Umstände der Beobachtung |

Wir verarbeiten ggf. personenbezogene Daten von Beschäftigten auf Grundlage von § 26 Abs. 1 Satz 2 BDSG. Danach dürfen personenbezogene Daten von Beschäftigten i. S. d. § 26 Abs. 8 BDSG zur Aufdeckung von Straftaten verarbeitet werden, wenn zu dokumentierende tatsächliche Anhaltspunkte den Verdacht begründen, dass die betroffene Person im Beschäftigungsverhältnis eine Straftat begangen hat, die Verarbeitung zur Aufdeckung erforderlich ist und das schutzwürdige Interesse der oder des Beschäftigten an dem Ausschluss der Verarbeitung nicht überwiegt, insbesondere Art und Ausmaß im Hinblick auf den Anlass nicht unverhältnismäßig sind.

Soweit erforderlich verarbeiten wir Ihre Daten zudem im Rahmen der Interessenabwägung nach Art. 6 Abs. 1f) DSGVO. Informationen zur Beschäftigteneigenschaft, Informationen zu betroffenen Personen sowie sonstige Informationen, die Rückschlüsse auf natürliche Personen zulassen, verarbeiten wir auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 f) DSGVO. Danach ist die Verarbeitung rechtmäßig, wenn die Verarbeitung zur Wahrung der berechtigten Interessen des Verantwortlichen oder eines Dritten

erforderlich ist, sofern nicht die Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person, die den Schutz personenbezogener Daten erfordern, überwiegen, um berechnigte Interessen von uns oder von Dritten zu wahren. Dies kann der Fall sein bei:

| Zwecke der Datenverarbeitung | Kategorien von Daten |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------|------------------------------------------------------------------|
| Feststellung von Verstößen gegen unternehmensinterne Ethikregeln, Verarbeitung nicht anonymer Meldungen | Personendaten, Stellung im Unternehmen, Umstände der Beobachtung |

Unser berechtigtes Interesse besteht – je nach zu prüfendem konkretem Einzelfall – in der Bearbeitung von Meldungen, um Verstöße gegen geltendes Recht oder Unternehmensrichtlinien zu verhindern, aufzudecken oder zu verfolgen. Dazu können auch die Prüfung der Stichhaltigkeit der in der Meldung erhobenen Behauptungen und ggfls. interne Nachforschungen, Ermittlungen und die Einleitung von Strafverfolgungsmaßnahmen gehören. Ob Interessen oder Grundrechte und Grundfreiheiten der betroffenen Person einer solchen Datenverarbeitung entgegenstehen, wird im Einzelfall – unter anderem auch mit Blick auf den Verstoß – geprüft.

Für die Weitergabe Ihrer Identität an Dritte benötigen wir eine Einwilligung von Ihnen es sei denn die Information muss in Strafverfahren auf Verlangen erfolgen. Zudem benötigen wir Ihre Einwilligung, wenn Sie uns telefonisch eine Meldung abgeben und darüber eine Tonaufzeichnung erstellt wird. Die Rechtsgrundlage der Verarbeitung ergibt sich aus Art. 6 Abs. 1a) DSGVO.

Eine einmal erteilte Einwilligung kann jederzeit widerrufen werden. Zu beachten gilt, dass der Widerruf für die Zukunft wirkt. Verarbeitungen, die vor diesem Widerruf getätigt wurden, sind hiervon unberührt.

| Zwecke der Datenverarbeitung | Kategorien von Daten |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------|
| Weitergabe Ihrer Identität an Dritte sofern nicht im Ausnahmenbereich des Vertraulichkeitsgebotes nach § 9 HinschG | Personendaten, Kontaktdaten Stellung im Unternehmen/ Position, |
| Vollständige und genaue Aufzeichnung über eine Meldung, die im Rahmen einer Zusammenkunft geschildert wird | Personendaten, Tonaufzeichnung der Zusammenkunft, Wortprotokoll |

3. An wen erfolgt eine Weitergabe der Daten (Kategorien von Empfängern):

Innerhalb unseres Unternehmens erhalten nur die Personen und Stellen (z.B. Compliance Office, Rechtsabteilung), die diese zur Erfüllung unserer gesetzlichen Pflichten benötigen.

Als interne Meldestelle (Empfänger der Meldungen) haben wir die Firma EmEtz GmbH, Max-Eyth-Str. 8, 71672 Marbach beauftragt. Die EmEtz GmbH betreibt dabei eine interne Meldestelle im Auftrag von uns. Wir haben mit dem Auftragnehmer einen Auftragsverarbeitungsvertrag gemäß Art. 28 DSGVO geschlossen.

Eingehende Hinweise unterliegen dort einer ersten Prüfung und ggf. der Abstimmung von Folgemaßnahmen, um Verstöße gegen geltendes Recht oder Unternehmensrichtlinien zu verhindern, aufzudecken oder zu verfolgen.

Wir haben für die Bereitstellung des Portals einen Dienstleister sorgfältig ausgewählt, der das Portal als Software as a Service Lösung zur Verfügung stellt. Mit dem Dienstleister haben wir einen Auftragsverarbeitungsvertrag nach Art. 28 DSGVO abgeschlossen.

Wenn Sie über das Portal einen Hinweis einreichen, werden keine IP-Adressen gespeichert. Ihr Hinweis ist, soweit Sie nicht freiwillig Kontaktdaten angeben, anonym und kann aus den Server-Daten nicht zurückverfolgt werden. Der Hinweistext selbst, den Sie eingegeben haben, kann natürlich eine Identifizierung ermöglichen.

Unsere Mitarbeiter und die von uns beauftragten Dienstleister sind zur Verschwiegenheit und Einhaltung der Bestimmungen der anwendbaren Datenschutzvorschriften verpflichtet.

An externe Stellen kann in folgenden Fällen eine Weitergabe erfolgen:

- an Strafverfolgungsbehörden auf Verlangen in Strafverfahren
- aufgrund einer Anordnung in einem einer Meldung nachfolgenden Verwaltungsverfahren, einschließlich verwaltungsbehördlicher Bußgeldverfahren,
- aufgrund einer gerichtlichen Entscheidung an Gerichte
- an externe Rechtsanwälte zur Fallbearbeitung

Sofern der Ermittlungserfolg durch eine Information der Daten an die beschuldigte Person nicht gefährdet ist und wenn keine berechtigten Interessen des Hinweisgebers überwiegen, werden wir gewöhnlich nach vier Wochen, ggf. aber auch später, die beschuldigte Person informieren.

Dauer der Datenspeicherung:

Eine Löschung der personenbezogenen Daten erfolgt nach Abschluss der Untersuchung. Sollte sich die Meldung als gegenstandslos herausstellen löschen wir Ihre Daten nach Abschluss des Sachverhaltes. Die gewöhnliche Aufbewahrungsdauer beträgt somit zwischen 3 und 10 Jahren.

Datenübermittlung in Drittländer:

Eine Übermittlung in ein Drittland ist nicht beabsichtigt (oder findet nicht statt).

Betroffenenrechte:

Sie können über die oben bekannt gegebenen Kontaktdaten Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten verlangen. (Art. 15 DS-GVO). Zudem können Sie unter bestimmten Voraussetzungen die Berichtigung oder die Löschung Ihrer Daten verlangen (Art. 16 und 17 DS-GVO). Sie haben das Recht die Einschränkung der Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten verlangen (Art. 18 DS-GVO). Darüber hinaus haben Sie das Recht auf Herausgabe der von Ihnen bereitgestellten Daten in einem strukturierten, gängigen maschinenlesbaren Format (Art. 20 DS-GVO).

Beschwerderecht:

Sie haben die Möglichkeit, sich mit einer Beschwerde an den oben genannten Datenschutzbeauftragten oder an eine Datenschutzaufsichtsbehörde zu wenden.

Widerspruchsrecht:

Verarbeiten wir Ihre Daten zur Wahrung berechtigter Interessen, können Sie dieser Verarbeitung widersprechen, wenn sich aus Ihrer besonderen Situation Gründe ergeben, die gegen die Datenverarbeitung sprechen.